

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 388

Hauptstiftleiter: Dr. Coerth, Leipzig

Donnerstag, den 1. August

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1918

Erfolgreicher Vorstoß in den Argonnen

Der deutsche Heeresbericht

Amstsch. Großes Hauptquartier, 1. August 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Zwischen Ypern und Vailent am frühen Morgen vorübergehend lebhafter Feuerkampf. Die tagsüber müßige Artilleriefähigkeit lebte am Abend an vielen Stellen der Front in Verbindung mit Erkundungsgeschäften auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Westlich von Fere-en-Tardenois schloß der Franzose am Nachmittage wiederholt zu heftigen Teilangriffen an. Wir warfen den Feind im Gegenstoß in seine Ausgangslinien zurück. In der übrigen Kampffront Artilleriefeuer wechselnder Stärke; kleinere Vorfeldgeschäfte.

Nordöstlich von Perthes versuchte der Feind nach starker Feuerbereitung den ihm am 30. Juli entzogenen Stützpunkt wieder zu nehmen. Er wurde unter Verlusten abgewiesen. Erfolgreicher eigener Vorstoß südlich des Fichtelberges und in den Argonnen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Infanteriegeschäfte an der Mosel und am Parroy-Walde. Wir machten hierbei Gefangene.

Der Gegner verlor gestern an der Front im Luftkampf und durch Abschluß von der Erde aus 25 Flugzeuge. Weiter-

hin wurde ein im Anflug gegen Saarbrücken befindliches englisches Geschwader von 6 Großkampfflugzeugen von unserer Front- und Heimatjagdkräften, bevor es seine Bomben abwerfen konnte, vernichtet. Aus einem zweiten ihm folgenden Geschwader schossen wir ein weiteres englisches Großkampfflugzeug ab.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff. (W. L. S.)

13000 Tonnen versenkt

Berlin, 31. Juli. (Amstsch.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz versenkten unsere U-Boote 13000 Tonnentorpedos.

Der Chef des Admiralfabes der Marine.

Belagerungszustand in der Ukraine

Kiew, 1. August. (Drahtbericht.) Der Belagerungszustand ist über die gesamte Ukraine verhängt worden; in Kiew und Odessa sind besondere Schutzmaßnahmen angeordnet worden. Der gesamte Eisenbahnverkehr wird voraussichtlich in militärische Verwaltung genommen werden.

Das Hauptbureau der Sozialrevolutionäre aufgehoben

Genf, 1. August. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris“ meldet aus Stockholm, daß nach dort vorliegenden Moskauer Depeschen das Hauptbureau der sozialrevolutionären Partei Russlands in einer Moskauer Vorstadt ermittelt und aufgehoben worden sei. Die Führer der Partei seien verhaftet worden.

Bier Jahre Kriegswirtschaft

In der Hauptsache gleicht diese Kriegswirtschaft einem Lebensweg mit sehr vielen Kreuzwegstationen. Die Aussicht ins Freie wird versperrt durch die gewaltige Erzeugung von Vorschriften und Anordnungen aller Art. Während dieser Vorschriften auf den älteren Strecken des Weges schon zu Staub zerfallen, wurden die neuen Strecken immer höher damit umtürmt. Nachgerade ist jede soziale und wirtschaftliche Erscheinung von einer mehr oder weniger sinnreichen Verfügung erfaßt, mit dem Erfolg, daß die „Erscheinung“, die vielleicht „greifbar“ war, nur noch ein aktenmäßiges Dasein fristet. Die unwillige Kritik hat für die Kennzeichnung der Kriegswirtschaft auch schon andere Bilder gefunden; sie wurde mit einer Maschine verglichen, die losr lief, deren Räderwerk sich mangels jedes Widerstandes immer mehr zerlegte und zerbrach. So wird die Gerechtigkeit des Urteils vielleicht erst kommen, wenn Krieg und Kriegswirtschaft der Geschichte angehören. Und da mag selbst dem unparteilich und leidenschaftslos wägenden Geschichtsschreiber wohl nachträglich das Gefühl überkommen, das der Reiter über den Bodensee hatte. . . Anders die Zeitgenossen, die von Ernste zu Ernste den Krieg miterleben, die Kriegswirtschaft sich entwickeln sehen und dazu vom Gespenst der Uebergangswirtschaft geängstigt werden. Aber wir müssen doch wohl den Weg zurückgehen, um das zu verstehen, was uns als Kriegswirtschaft mit zehntausend Armen umfängen hält.

Als der Krieg uns die Straßen nach Liebersee versperrte, hätte die sorgsame Aufstellung und Bewirtschaftung aller Nahrungsmittel und Rohstoffe sofort einsetzten müssen. Allerdings ist es hinterher leicht, klug und weise zu sein. Für die Kriegswirtschaftigen Rohstoffe setzte freilich sofort die öffentliche Bewirtschaftung ein, der es mit zu danken ist, daß wir heute noch reichen. Aber das andere wichtige Gebiet, die Versorgung der Heimat, blieb trotz der verhältnismäßig früh erfolgten Gründung der Zentralerkaufgesellschaft ziemlich sich selbst überlassen. Auch das hatte seine Gründe. Noch waren die Handelswege offen, die zu den Neutralen führten und die in gewissen Grenzen einen Zustrom von Nahrungs- und Genussmitteln ermöglichten, der für absehbare Zeit nicht zu versiegen schien. Allein die Blockade dehnte sich fähbar auch gegen die Neutralen aus, wozu dann weiter die Rücksicht auf die Valuta kam, die tatsächlich unsere Einfuhrpolitik bestimmte und noch bestimmt. Ebenso mußte der Eintritt Italiens, dann später der Rumänen in den Krieg notwendig auf die Kriegswirtschaft zurückwirken. Da sich die Neutralen die britische Seesperre gefallen ließen, blieb Deutschland nur übrig, die Organisation seiner Ernährung weiter auszugestalten.

Jede Kritik dieser Organisation muß berücksichtigen, daß sie mit sicheren und unsicheren Größen zu rechnen hatte. Zu den sicheren gehörte die Zahl der Versorgungsberechtigten. Zu den unsicheren Größen so ziemlich alles, was für diese Versorgung zur Verfügung stand. Wir haben in den vier Kriegsjahren so viel praktische Volkswirtschaftspolitik getrieben, daß heute Gemeinung des Wissens geworden ist, daß die eigene Nahrungsdecke Deutschlands zu kurz war. Um diese Decke zu strecken, ist dann unter eifriger Mitwirkung der Wissenschaft und der Praxis vielerlei versucht worden. Es kam die berühmte Kalorienrechnung, die den sehr beweglichen und sehr unterschiedlich gefarteten Menschen wie ein chemisches Erzeugnis behandelte. Daß allein die Abwechslung der Nahrungsmittel eine wichtige Tatsache der Versorgung und der Stimmung bildet, wurde dabei außer acht gelassen.

Die Behörden erfaßten die Sache auch viel zu sehr als Aufgabe der Organisation des Vorhandenen, denn als Vorforgabe, die Erzeugung im Kreislauf der Agrarwirtschaft zu vermehren. Aus dieser einseitigen Auffassung der Dinge entwickelte sich die eigenfällige Sozialisierung der Kriegswirtschaft. Ihr Fehler lag darin, daß sie den ökonomischen Aufbau an sich unverändert ließ, ihm aber überall künstliche Reiser eines Staats- und Kriegswirtschafts aufpropfte. Die Versorgungspläne wucherten äppiger, als die Nahrungsmittel. Bald waren es Lieferungsverträge, die den Erfolg hatten, daß die beliefernden Kreise oft ohne die vertraglich zugesicherten Lebensmittelmengen lebten. Diese waren so vorhanden gewesen, aber längst in andere Hände abgeflossen, die den Schleichhandel speisten. Der Schleichhandel ist das unvermeidliche Erzeugnis der Zwangs- und Kriegswirtschaft. Er ist ein echter Verwandter des „Schacher- und Gelegenheitshandels“ der normalen Wirtschaft, nur daß er auf dem Boden der Zwangswirtschaft unvergleichbar äppiger gedeiht. Der Schleichhandel zerrt an der kurzen Decke, von der er oft ein viel größeres Stück losreißt, als die planmäßige Wirtschaft vertragen kann. Allein die Erfahrung hat gezeigt, daß durch Strafandrohungen und Verbote eine wirksame Bekämpfung des Schleichhandels nicht möglich ist. Im Rahmen unserer Kriegswirtschaft, die noch immer das Pappgewicht der Höchstpreise gegen Störungen gebraucht, wird der Schleichhandel überhaupt nicht abzumürgen sein.

Die größte Arbeit, die zudem nur unzulänglich geleistet wird, macht die Versorgung der großen Städte und Industriegebiete. Vielleicht könnte man versuchen, die großen Städte und Industriegebiete von allen überflüssigen Eßern, Kindern und Erwachsenen, für die Dauer des Krieges zu entlasten. Das Land und kleine Städte können als Aufnahmestellen in Betracht. Voraussetzung wäre natürlich, daß Staat und Reich sich an der Deckung der Kosten beteiligten. Die Vergütung, die bezahlt werden müßte, hätte so hoch zu sein, daß den Landwirten Ursache zur Unzufriedenheit fehlte. Der Erfolg der Umstellung wäre für die Kriegswirtschaft dreifach: zunächst wäre es unnötig, die Mengen Lebensmittels hin und her zu fahren, die heute zur Versorgung der Großstädte notwendig sind. Also Einsparung an Eisenwegen, an Betriebs- und Arbeitskraft. Der Schleichhandel wäre, wenn nicht

Der Jahrestag des Krieges

Ein Brief Lord Lansdownes

Haag, 1. August. (Eig. Drahtbericht.) Lord Lansdowne hat zu Beginn des fünften Kriegsjahres an seine Freunde einen Brief geschrieben, in dem er sich wie folgt ausdrückt: Wir werden unser feierliches Jubiläum, auch im fünften Kriegsjahre nicht zu erleben, bis ein ehrenvoller Frieden erreicht ist, auf neue bekräftigen. Inzwischen wird die Würde, die der Krieg uns auferlegt hat, jeden Monat schwerer. Ehe wir einen unehrenhaften Frieden anerkennen, wollen wir alle bereit sein, bis zum bittersten Ende weiterzukämpfen. Es gibt keinen Mann und keine Frau in diesem Lande, die sich nicht der Tragik dieses Ringkampfes bewußt ist. Es gibt wahrhaftig auch keinen Minister, der es nicht für frech hält, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, wenn der ehrenvolle Frieden erreichbar ist. Soweit ich es beurteilen kann, besteht ein großes Verlangen nach Frieden in den feindlichen Ländern, und ich bin fest davon überzeugt, daß man würdig danach verlangt, eine Waffenruhe zustande zu bringen, und wenn diese auch nicht den Frieden selbst bringen wird, so doch wenigstens Veränderungen anzubahnen vermögen, die zum Frieden führen können, wenn auch gewisse wesentliche Punkte von vornherein ausgemacht sind.

Nachdem Lansdowne die Schwierigkeiten, diese Punkte genau zu präzisieren, auseinandergesetzt hatte, fuhr er fort: Wir müssen bedenken, daß wir nicht nur mit unseren Bundesgenossen, sondern auch mit unseren Feinden zu rechnen haben, da wir sehr wichtige Fragen auf politischem Gebiet sowie Grenz- und Rassenfragen zu lösen haben. Da eine ernste Erklärung über unsere Kriegswünsche noch nicht erfolgt ist, haben wir ein Recht zu fragen, wie es eigentlich damit steht. Lange Zeit war die Note der Alliierten vom 10. Januar 1917 das Dokument, auf das man sich stützte. Aber seit dem Abfall Rußlands ist diese Note veraltet. Lansdowne erinnert dann an die bestehenden Vereinbarkeiten und verweist mit Verbitte auf die von Wilson am 1. Januar 1918 in der Unterhausrede am 20. Juni offenherzig abgegebene Erklärung, daß die Verträge keinerlei Hindernis für den Frieden bilden, und daß die Tatsache, daß die Alliierten vor vier Jahren einen anderen Standpunkt vertreten, sei jetzt in keiner Weise hinderlich. Erliche Friedensvorschlüsse einzuleiten. Lansdowne fährt dann fort: Die denkwürdige Rede des Präsidenten Wilson am 10. Januar über die Kriegsziele der Alliierten wird maßgebend erklärt. Aber das Volk möchte gern wissen, ob seine damals dargelegten Friedensbedingungen eingehalten werden können, bevor die Zentralmächte bekannt geben, daß sie bereit sind, sämtliche Veränderungen, die Lord George seinerzeit gestellt hat, zu bewilligen. Es ist bemerkenswert, daß der Premierminister vor einigen Tagen in einer Rede zu den kanadischen Journalisten sagte: Wir müssen diese Probleme im Lichte der Ereignisse ansehen. Sie selbst vorliegen sind. Von großem Interesse ist noch Wilsons Rede vom 1. Juli. Ihre Wichtigkeit wird noch größer infolge der Tatsache, daß Lord George sie sofort mit ganzem Herzen unterstützte und sagte, die Zentralmächte können morgen den Frieden haben, wenn sie die Bedingungen annehmen, die der Präsident Wilson gestellt hat. Wilsons Rede war aber keine Umschreibung von Friedensbedingungen, sondern eine in erhabenen Worten abgefaßte Darstellung der Sache, für die die assoziierten Völker kämpften. Sowohl unsere Freunde als auch unsere Gegner werden billigerweise nicht von uns verlangen, daß wir öffentlich diejenigen Bedingungen bekanntmachen, unter denen wir bereit sind, der diplomatischen Gelegenheit zur Erprobung aller Kräfte zu geben. Die Rede des Generals Smuts in Glasgow behandelte die Theorie der „Noch-auf-Vollstreckung“. Er hat dieser Politik ein Ende gemacht und darauf hingewiesen, daß der Zweck des Kampfes nicht die eine bewaffnete Übermacht zustande zu bringen, sondern daß eine dauernde Sicherheit für die Verwirklichung der Pläne Wilsons geschaffen werden soll. Der Präsident für das Herrannahen unseres Sieges wird die Tatsache des Gegners sein. Die Doktrin des eingeleisteten Militarismus vollständig aufzugeben.

In seinen weiteren Ausführungen erklärt Lansdowne, daß er nicht imstande sei, positiv zu erklären, ob bereits Aussicht vorhanden sei, bezüglich der wichtigsten Punkte ein Abkommen zu erzielen. Er könne nur seine Ansicht dahin präzisieren, daß derartige Möglichkeiten sich in der nächsten Zukunft zeigen werden. Man müsse sich aber darauf vorbereiten, etwa eintretende Ereignisse der realistischen Weltschau entgegenzunehmen, sie mit vernünftiger Ueber-

legung zu prüfen, um dem Gegner Veranlassung zu geben, zu zeigen, ob sein Anbieten ehrlich gemeint sei. Dieser Punkt müsse genau im Auge behalten werden. Die vorläufigen Bedingungen, die zu verbindlichen Besprechungen führen könnten, müßten von den wirklichen Kriegsziele getrennt gehalten werden.

Wenn irgendwas Augenblick geeignet ist, den von mir angebotenen Weg zu beschreiten, so ist es der gegenwärtige Augenblick, wo die ruhmvollen Erfolge der Verbündeten im Felde bewiesen haben, daß solche Gefühle uns auch immer befehlen mögen. Wir werden uns in diesem Kampfe auf Leben und Tod behaupten, wenn wir gewonnen sind, ihn fortzusetzen.

Berlin, 1. August. (Drahtbericht.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unter der Ueberschrift: „Der Kriegsgedanke im fünften Kriegsjahr“: Der Kriegsgedanke ist kein nachhaltig wirksames Kriegsmotiv. Es bedarf für die Entfesslung eines stärkeren Anreizungsmittels durch eine systematische Verleumdung des Gegners. Deutschland sollte der Friedensstörer sein, der die Weltbeherrschung erstrebt. Indem man die Deutschen als die Sonnen und die Verbrenner der Welt, möge man allen Veracht von sich selbst ab und erregte zugleich in den Massen die Instinkte der Furcht und des Hasses, die die Waffen mit der gewünschten Erbitterung und Zähigkeit führen lassen. Mit Verheerung der Ursachen und Wirkung warb uns, die wir von mehreren Seiten bedroht, zur Kriegserklärung gezwungen waren, die Urheberhaftigkeit am Kriege zugeschoben. Die Vorstellung vom dem großen deutschen Unrecht, das die anfänglichen Ententeführer durch die unvorhergesehenen Beschuldigungen und unglücklichen Beschimpfungen erzeugt hatten, hat abgesehen der amerikanischen Präsidenten noch zu verstärken genügt, indem er unserer monarchischen Militärstaatswesen sein Bild von dem demokratisch-pazifistischen Zukunftsstaat entgegenhielt. Als echter Amerikaner, ein Gemisch von Idealismus und Utilitarismus, suchte er seinem Lande einen möglichst großen Gewinn aus diesem Kriege und sich selbst den Ruhm eines Menschheitsretters zu sichern. So ist, wie in der Zeit der französischen Revolutionskriege, denen die Verwirklichung der Humanitätsidee zugrunde lag, wieder eine Idee, die den wahren Kriegszweck verbeden soll, ein dem unerbrechlichen Weltbegriff entspringender Wahn, der die irregulären Völker zu einem Anzugs gegen die normativen Feinde des Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit entflammt, um leitenden Kriegsgedanken geworden. Gemäß ein starkes Kriegsmotiv, das mit Verantwördung nicht zu entkräften, sondern nur mit Willensgehalt aus der Welt zu schaffen ist. Wir kämpfen heute für den Sieg der Wahrheit. Das verleiht unserer Kriegsführung einen neuen offensiven Geist. Das soll unsere Lösung im fünften Kriegsjahr sein.

Holländische Preßstimmen

Haag, 1. August. (Eig. Drahtbericht.) Fast alle holländischen Blätter beschäftigen sich in ihren Leitartikeln mit dem fünften Jahrestag des Krieges. Die Artikel sind sämtlich in resigniertem und düsterem Ton gehalten. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Wenn die Zentralmächte gewinnen, so wird das, wie wir in Rußland gesehen haben, auch keinen Zustand des Friedens und der Ruhe in Zukunft schaffen, gemaint die Entente, so wird es nicht anders sein. — Der Artikel geht dann auf die ungläublichen Forderungen ein, die in den Ententeländern gestellt worden sind und sagt, es sei absolut undenkbar, daß das Deutsche Reich sich mit solchen Bedingungen zufrieden geben würde, denn es würde dann das Rachegefühl zurückbleiben, das vielleicht größer sei, als das der Franzosen nach dem Frankfurter Frieden. Der „Soester Nieuwe Courant“ macht den Vorschlag, daß alle Kriegführenden sich an einen unparteilichen Rat, der aus Neutralen zusammengesetzt sein soll, mit ihren Friedensbedingungen wenden sollen. Die einzelnen Mitgliedschaft des neutralen Rates sollen erst vor der Ernennung durch die kriegführenden Parteien gutgeheißen werden.

Der Caillaux-Prozess

Genf, 1. August. (Eigener Drahtbericht.) Abgeordneter Caillaux hat an den Präsidenten des Staatsgerichts einen neuen Brief gerichtet, worin er gegen die Aussagen des Majors Daudier vom Spionagedienst des Kriegsministeriums protestiert, der von verschiedenen Reisen und Zusammenkünften Caillauxs gesprochen habe, die in Wirklichkeit niemals stattfanden. Caillaux wiederholte sein Verlangen, vom Staatsgericht als Zeuge gehört zu werden.